

Beruflicher Leumund ersetzt Parteibuch

JUSTIZ Wer im Kanton Luzern auf der Liste der amtlichen Verteidiger figurieren will, muss neu kein Parteibuch mehr besitzen, aber als Anwalt eine saubere Weste haben.

Der Regierungsrat reagiert auf ein Bundesgerichtsurteil und regelt die Wahl der amtlichen Verteidiger neu. Der Kanton Luzern führte bislang eine Liste mit elf amtlichen Verteidigern,

die vom Regierungsrat für jeweils vier Jahre gewählt wurden. Die Liste dient den beschuldigten Personen als Entscheidungshilfe bei der Suche nach einem amtlichen Verteidiger. Massgebend bei der Selektion der Listenanwärter war bislang der Parteiproporz im Luzerner Kantonsrat. Parteilose Bewerber kamen damit nicht in Betracht.

Das Bundesgericht kam 2012 zum Schluss, dass die Parteizugehörigkeit ein sachfremdes Kriterium sei. Wichtiger sei, dass ein Anwalt das Hand-

werkzeug der Verteidigung beherrsche und über die nötige berufliche Erfahrung verfüge.

Im Hinblick auf die Amtsperiode 2015–2018 regelt der Regierungsrat deshalb die Wahl der amtlichen Verteidiger neu, wie er am Mittwoch mitteilte. Da sich der Bedarf an amtlichen Verteidigern mit der neuen Strafprozessordnung erhöht hat, soll die Liste neu 17 bis 19 Personen umfassen.

Jeder Anwalt, der sich für eine Aufnahme auf die Liste bewirbt, muss neu

eine Bestätigung vorlegen, dass die Aufsichtsbehörde ihn nicht disziplinarisch sanktioniert hat. Auch die bisherigen amtlichen Verteidiger müssen ihren beruflichen Leumund bescheinigen.

Nachweisen muss ein Bewerber ferner, dass er einen juristischen Hochschulabschluss hat und in einem Anwaltsregister eingetragen ist. Er muss ferner über mehrere Jahre Berufserfahrung verfügen, das Strafrecht sehr gut kennen und eine entsprechende Weiterbildung gemacht haben. sda



René Stettler*
Gründer der Schweizer Biennale in Luzern

Anderen Blickwinkel aufzeigen

«Die Veränderung sein, die wir in der Welt sehen wollen» heisst der Titel der 20-jährigen Schweizer Biennale zu Wissenschaft, Technik und Ästhetik. Ein moralischer Appell, den niemand hören will?

NACHGEFRAGT

Die Notwendigkeit für eine Änderung unserer Wirtschaftssysteme ist überwältigend und dringend. Wir stehen vor mindestens vier miteinander verbundenen systemischen Problemen: Unsere Wirtschaften sind unnachhaltig, unfair, instabil und machen zu viele Menschen unglücklich. Wenn wir es mit dem heutigen Modell unserer Wirtschaften schaffen, den Fuss zurück auf das Gaspedal zu bringen, schaffen wir unnachhaltig planetarischen Schaden. Wenn wir unseren Fuss auf die Bremse setzen, verursachen wir mehr Arbeitslosigkeit und Ungleichheit. Die Schaffung von genügend guten Arbeitsplätzen und die Rettung des Planeten schliessen sich gegenseitig aus.

Wie lässt sich dieses Dilemma lösen? Was ist der Beitrag der Biennale?

Wir benötigen ein anderes Modell. Dieses Modell braucht eine wissenschaftliche Grundlage. Um diese Grundlage geht es an der Biennale: Wie wir die Notwendigkeit und die Absteckung des «Wie» durch gemeinsames Handeln festschreiben können. Zwei, drei grosse und kleine Beispiele werden vorgestellt. Z.B. ein Aufforstungsprojekt in Ost-Kalimantan, Indonesien, von der Grösse von fast 2000 km², das der bekannte Tierschützer Willie Smits durchgeführt hat.

Aber versuchen das andere Veranstaltungen wie das World Economic Forum nicht auch, indem sie Menschen, die etwas erreicht haben, einladen?

Ich sehe die Biennale als Plattform, an die zwar diesmal auch wichtige Vertreter der Wirtschaft eingeladen sind, aber insgesamt versteht sie sich nicht als Plattform für die Mächtigen dieser Welt. Sie möchte dies auch in Zukunft nicht sein. Aber die Mächtigen sind eingeladen am Gespräch, das die Biennale vorgibt, teilzunehmen. Sie hat auch eine ganz andere Geschichte als das WEF. Die Jubiläumsbiennale möchte einen anderen Blickwinkel auf dringende nötige alternative Handlungsperspektiven, von denen alle immer reden, öffnen.

Leistet die Politik das denn nicht?

Die Biennale versucht, mit Kreativität und Fantasie auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu reagieren, wie andere Veranstaltungen das nicht tun. Es geht heute darum, glaube ich, die Eckpfeiler, auf denen Veränderung aufgebaut werden muss, nämlich der Klimawandel, Peak Oil, und vor allem die Notwendigkeit, über wirtschaftliches Wachstum als Ziel hinauszublicken, ernsthaft in den Fokus zu nehmen. wb

* Am 18. und 19. Januar findet im Verkehrshaus der Schweiz unter dem Titel «Die Veränderung sein, die wir in der Welt sehen wollen», die 10. Biennale statt (WB vom 14. Januar). Telefonische Kartenreservierung: Täglich 14.00 bis 18.00 Uhr, Tel. 079 460 96 49 sowie www.neugalu.ch.

Agrarpolitik mit Blick nach vorne

PODIUM BLW-Direktor Bernard Lehmann nahm kürzlich bei der CVP-Landwirtschaftskommission Kanton Luzern unter Präsident a. i. Thomas Grüter, St. Urban, Stellung zur Agrarpolitik und stellte sich am Podium der Diskussion mit Luzerner Bäuerinnen und Bauern.

Die Schweizer Landwirtschaft habe laut AP 2014–17 den Auftrag, einen wesentlichen Beitrag an die Versorgung mit Lebensmitteln zu leisten, eine wettbewerbsfähige Positionierung auf den Märkten anzustreben, eine offene Kulturlandschaft zu pflegen, erwünschte Wirkungen auf Umwelt, Tiere und Landschaft zu verstärken und unerwünschte Einflüsse auf Umwelt und Tiere zu reduzieren, so Bernard Lehmann vor den deutlich über 100 Anwesenden. «Die Ressourcen schonen, sie aber effizient nutzen, das ist die grosse Herausforderung für die Landwirtschaft, und diese Aufgabe wird an Bedeutung noch gewinnen», unterstrich Bernard Lehmann.

Persönliche Sorgen und Lichtblicke auf 2018

«Persönlich macht mir Sorge, dass der ländliche Raum ständig schwindet, die Fremdkosten dem Bauern die Nettowertschöpfung immer wieder auffressen und ein Teil der Direktzahlungen zur Senkung der Detailhandelspreise missbraucht werden», gestand



Am Podium, von links: Wendelin Emmenegger, Bruno Stadelmann, Stefan Heller, Seline Felder und Bernard Lehmann. Foto Josef Kottmann

Bernard Lehmann. Trotzdem gebe es für Schweizer Bauern Lichtblicke. Die weltweit steigende Tendenz der Nahrungsmittelpreise, Anteil Swissness in Nahrungsmitteln und ackerfähiger Boden gewinnt in den Köpfen der Bevölkerung an Bedeutung.

Diese Tendenzen werden die Themenfelder der Agrarpolitik nach 2018 beeinflussen, die da sein werden, nachhaltige und umweltschonende Produktion von Nahrungsmitteln ausgerichtet auf die Märkte. Hier sollte die Bevölkerung dem Landwirt als Unternehmer eine Margenverbesserung zubilligen, im Gegenzug müsse er sich aber auch bewähren als Nutzer und Bewahrer der

natürlichen Ressourcen, gab Bernard Lehmann zu bedenken.

Diskussion und Podium zeigten, wo der Schuh drückt

Am Podium mit Bernard Lehmann nahmen teil: Bergbauer Wendelin Emmenegger aus Schüpfheim, Bruno Stadelmann, Landwirt und GalloSuisse-Vorstand, Willisau, und Seline Felder, Stud. Agro Tech HF, Keinwangen. Stefan Heller, Geschäftsführer LBV, ermunterte als Leiter des Podiums, dem BLW-Direktor nach Bern mitzugeben, wo der Schuh drückt.

Im Saal gaben zu reden die Bedeutung der Standard-Arbeitskraft als

Basis für Direktzahlungen, Kreditkasenswürdigkeit bis hin zur Unterstützung bei Hoferschliessung. Weiter die grosszügigen Buntbrachen auf bestem Ackerland und die mangelnde Förderung vom Futtergetreide-Anbau. Direktor Lehmann wies darauf hin, dass Agrarpolitik nicht bloss von Landwirten für Landwirte gemacht und finanziert werde, so flossen auch für Bauern unbequeme Anliegen wie Ökologie oder eben die SAK in die Agrarpolitik mit ein.

Zum Abschluss der Tagung orientierte LBV-Präsident Kobi Lütolf über Grund und Motivation zur SBV-Initiative betreff Ernährungssicherheit. kk

Liegenschaftssteuer beibehalten

ABSTIMMUNGEN Die Grünen Luzern sagen Ja zu FABI, sind aber klar gegen die Masseneinwanderungsinitiative, die Abtreibungsfinanzierung als Privatsache und die Abschaffung der Liegenschaftssteuer.

«Auch wenn man die Frage stellen kann, ob die Liegenschaftssteuer noch zeitgemäss ist – ihre Abschaffung würde ein weiteres Loch in die staatlichen Kassen im Kanton reissen, und dies zugunsten bereits vermögender Personen», schreiben die Grünen Luzern. Denn Immobilienbesitz sei in der Schweiz ein Luxusgut und widerspreche dem Grundsatz des haushälterischen Umgangs mit dem wertvollen Boden, weshalb die Initiative auch aus Sicht des Umweltschutzes abgelehnt werden müsse. Der Vorstand der Grünen lehnt die Initiative ohne Gegenstimme (bei einer Enthaltung) ab.

«FABI ist für die Grünen «ein guter Zug für die Schweiz» – der Ausbau des Schienennetzes schaffe nicht nur Arbeitsplätze in Bau und Unterhalt, sondern sichere den hohen Schweizer öV-Standard für die nächsten Jahrzehnte. Ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr sei die Grundlage für umweltfreundliche Mobilität – die Vorteile der Vorlage überwiegen für die Grünen, auch wenn der Ausbau der Verkehrskapazitäten immer auch kritisch zu beur-

teilen sei. Der Vorstand fasste einstimmig die Ja-Parole zur Vorlage.

Die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» führte bei einer Annahme zur Kündigung der Bilateralen Verträge mit der EU, welche zu einem unverzichtbaren Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft geworden sei, schreiben die Grünen Luzern. Die Abschottungsinitiative der SVP würde keines der Probleme, welche durch die Initianten mit der Einwanderung in Verbindung gebracht werden (steigende Mieten, Arbeitslosigkeit, Raumplanung...), lösen. Für die Grünen «ein weiteres Indiz dafür, dass die Natur der Initiative eigentlich fremdenfeindlich ist und sie sich nur gegen die ausländische Bevölkerung richtet». Im Vorstand war darum das Nein einstimmig.

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» und ist für die Grünen «ein direkter Angriff auf die bewährte Fristenregelung und damit das Selbstbestimmungsrecht der Frau». Aufgrund der tiefen Abtreibungsquote in der Schweiz bestehe in diesem Bereich überhaupt kein Handlungsbedarf. Durch eine Privatisierung der Finanzierung würden keine Kosten gespart, stattdessen unnötig finanzschwache Frauen in eine noch schwierigere Position gebracht, während die Männer aus der Verantwortung entlassen würden, schreiben die Grünen. Deshalb fiel das Nein des Vorstandes einstimmig aus. pd/WB

«Mehr Gewicht für die Grossen»

GEMEINDEVERBAND Auch die Luzerner Stadtregierung stimmt in den Chor der Kritiker des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG) ein. Der Stadtrat lehnt zwar einen Austritt aus dem Verband ab, fordert jedoch Reformen und mehr Gewicht insbesondere für Zentrumsgemeinden.

Der VLG existiert seit 1996. Gemeindeparslamentarier in Emmen, Kriens, Horw und Luzern stellten jüngst den Nutzen des Verbands infrage. Sie kritisieren unter anderem, dass der Verband die Interessen ihrer Gemeinden nicht adäquat vertrete, und fordern einen Ausstieg. Die Luzerner Stadtregierung spricht sich nun gegen einen Austritt aus dem Verband aus, wie sie in ihrer Antwort auf ein entsprechendes Postulat der SVP schreibt.

Mit einem Austritt würde sich die Stadt ins Abseits stellen, argumentiert der Stadtrat. Die regionalen Gemeindeverbände seien keine Alternative zum VLG. Er wolle deshalb zusammen mit den übrigen Kritikern mit dem VLG über eine Reorganisation verhandeln.

Der Stadtrat bemängelt, dass der VLG in strittigen Fällen «zu oft» die Haltung der meisten, eher kleinen ländlichen Kommunen einnimmt und nicht jene der urbanen, einwohnerstarken Zentrumsgemeinden. Weiter kritisiert die Luzerner Stadtregierung, dass in den Arbeitsgruppen des Verbands oft politische Debatten statt fachliche Diskussionen geführt würden. sda



Neuer Geschäftsleiter

PRO SENECTUTE Der Stiftungsrat von Pro Senectute Kanton Luzern hat auf dem Berufungsweg Stefan Brändlin (Bild) zum Nachfolger von Peter Dietrich als neuen Geschäftsleiter gewählt. Stefan Brändlin leitet seit 2012 bei Pro Senectute Luzern erfolgreich die Fachstelle für Gemeinwesenarbeit und ist Gemeinderat von Altwis. Er verfügt unter anderem über Abschlüsse als dipl. Pflegefachperson AKP/SRK und als dipl. Sozialarbeiter FH. Er hat zudem an der Universität Bremen in Public Health promoviert. Er weist eine langjährige Erfahrung im Schweizerischen Sozial- und Gesundheitsbereich und in der Altersarbeit des Kantons Luzern auf. Stefan Brändlin ist 57 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Töchtern und wohnt in Altwis. Er tritt die neue Stelle am 1. Juli 2014 an. pd